



Geschäftsordnung

Gem. § 6 der Verbandsordnung des Abwasserzweckverbandes Bützfleth-Assel in Verbindung mit § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung beschließt die Verbandsversammlung am 22.11.2013 die folgende Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung:

§ 1

Einberufung der Verbandsversammlung

1. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung lädt die Mitglieder der Verbandsversammlung schriftlich per Brief, E-Mail oder Telefax unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Die Ladungsfrist beträgt eine Woche. Sie kann für Eilfälle bis zu 48 Stunden abgekürzt werden; auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen.
2. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung sind spätestens eine Woche vor der Sitzung ortsüblich bekannt zu machen, sofern die Verbandsversammlung nicht zu einer nichtöffentlichen Sitzung einberufen wird.
3. Die Einberufung zu einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind oder bei denen ein entsprechender Beschluss über die nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall vorliegt.

§ 2

Tagesordnung

1. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung stellt die Tagesordnung im Benehmen mit dem Verbandsgeschäftsführer auf. Der Verbandsgeschäftsführer kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird. Tagesordnungsanträge von Mitgliedern der Verbandsversammlung sind zu berücksichtigen, wenn sie spätestens zwei Wochen vor der Sitzung eingegangen sind. Im Einvernehmen mit dem Antragsteller kann der Beratungsgegenstand zur Vorbereitung unmittelbar für die Tagesordnung des Verbandsausschusses vorgesehen werden.

2. Jeder Beratungsgegenstand ist deutlich zu kennzeichnen. Ein Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ ist nicht zulässig.
3. Zu jedem Tagesordnungspunkt soll eine Vorlage bzw. ein Bericht der Verwaltung beigelegt werden, aus dem die Beschlüsse des Verbandsausschusses ersichtlich sind, soweit diese nicht bereits den Mitgliedern der Verbandsversammlung bekannt sind. Diese Unterlagen können nachgereicht werden.
4. Erweiterungen der Tagesordnung kann die Verbandsversammlung in der Sitzung beschließen, wenn sämtliche Mitglieder der Verbandsversammlung anwesend sind und zustimmen. In dringlichen Fällen kann die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln erweitert werden.

§ 3 Zuständigkeiten

1. Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:

- a) Rechtsgeschäfte i.S.d. § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG (u.a. Verfügung über Vermögen des AZV Bützfleth-Assel, insbesondere Schenkung und Darlehen, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken), deren Vermögenswert die Höhe von 10.000 € übersteigt.
- b) Rechtsgeschäfte i.S.d. § 58 Abs. 1 Nr. 16 NKomVG (Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung von Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die von den vorgenannten Verpflichtungen oder Aufnahme von Krediten wirtschaftlich gleichstehen), deren Betrag die Höhe von 5.000 € übersteigt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.
- c) Verträge i.S.d. § 8 Nr. 20 NKomVG (Verträge mit Verbandsmitgliedern, Geschäftsführerin/Geschäftsführer), deren Vermögenswert die Höhe von 3.000 € übersteigt, soweit diese nicht aufgrund einer förmlichen Ausschreibung abgeschlossen werden oder es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

2. Aufgaben der Geschäftsführung

Soweit die Verbandsversammlung nicht nach Absatz 1 zuständig ist, entscheidet die Geschäftsführung. Für Geschäfte der laufenden Verwaltung ist die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer zuständig.

Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen solche, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb keine besondere Beurteilung erfordern, sondern mit gewisser Regelmäßigkeit wiederkehren, nach feststehenden Verwaltungsregeln erledigt werden und für den AZV Bützfleth-Assel sachlich und finan-

ziell nicht von erheblicher Bedeutung sind. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören insbesondere:

- a) die nach feststehenden Tarifen Richtlinien, Ordnungen oder sonstigen Regelungen abzuschließenden oder regelmäßig wiederkehrenden Geschäften des täglichen Verkehrs,
- b) Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandlungen, die in Durchführung bundes-, landes- oder ortsrechtlicher Bestimmung vorgeschrieben oder zulässig sind:
 - Heranziehung zu Abgaben,
 - Erteilung von Prozessvollmachten,
 - Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln,
 - Erhebung von Klagen vor Gerichten bis zu einem Streitwert von 3.000 €,
 - Erteilung von Löschungsbewilligungen,
 - Ausstellung von Abtretungserklärungen,
 - Vorrangseinräumungen,
- c) Rechtsgeschäfte bis zu folgenden Wertgrenzen:
 - Verfügungen über das Verbandsvermögen (ausgenommen Schenkungen): 3.000 €
 - Niederschlagungen und Erlass von Forderungen: 1.500 €
 - Abschluss von Miet- und Pachtverträgen (Monatsbeiträge): 1.000 €
- d) Verträge über Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Wirtschaftsplans bis zu 10.000 €.
- e) Aufträge über 10.000 € sind dem RPA der Hansestadt Stade vorab zur Prüfung vorzulegen.

§ 4

Öffentlichkeit, Einwohnerfragestunde

1. Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist während der Beratung für einzelne Angelegenheiten auszuschließen, wenn dies das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner erfordern. Über einen entsprechenden Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden, wenn eine Beratung erforderlich ist. Die Öffentlichkeit ist ebenfalls ausgeschlossen, soweit im Einzelfall Geheimhaltung besonders vorgeschrieben ist oder soweit bei Personal- und Vertragsangelegenheiten das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner dies erfordern.
2. An öffentlichen Sitzungen können Zuhörer unter Ausnutzung der vorhandenen Plätze teilnehmen; für Pressevertreter können besondere Plätze freigehalten werden. Zuhörer sind nicht berechnigt, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, z.B. Zustimmung oder Missfallen zu äußern.
3. Aufzeichnungen auf Tonträger durch Dritte sind nicht zulässig. Sie können auf Beschluss der Verbandsversammlung von dem jeweiligen Mitglied der Verbandsversammlung zugelassen werden.

4. Bei Bedarf unterbricht der Vorsitzende der Verbandsversammlung die öffentliche Sitzung vor Eintritt in die Behandlung der Tagesordnungspunkte für eine Einwohnerfragestunde von bis zu 30 Minuten. Die Verbandsversammlung kann eine Verlängerung der Einwohnerfragestunde beschließen. Die Einwohnerfragestunde wird von dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung geleitet. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner des Verbandsgebietes kann Fragen zu Beratungsgegenständen und zu anderen Angelegenheiten des AZV stellen, wobei von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden sollte, die Fragen mindestens eine Woche vor der Sitzung schriftlich einzureichen, um die Beantwortung in der Sitzung zu erleichtern. Die Fragen werden grundsätzlich von der Verbandsgeschäftsführerin bzw. vom Verbandsgeschäftsführer oder von den Vertretern der Verbandsversammlung beantwortet.
5. Im Rahmen der Beratung der einzelnen Tagesordnungspunkte kann die Verbandsversammlung auf Antrag eines Mitgliedes beschließen,
 - a) anwesende Einwohnerinnen und Einwohner zum jeweiligen Gegenstand anzuhören (ad hoc Anhörung) oder
 - b) die Anhörung von Einwohnerinnen und Einwohnern in einer künftigen Sitzung durchzuführen (geplante Anhörung) oder
 - c) die Anhörung anwesender Sachverständiger vorzunehmen.

Im Rahmen der Anhörung findet eine Diskussion grundsätzlich nicht statt. Die Anhörung soll einen zeitlichen Rahmen von 30 Minuten nicht überschreiten.

§ 5 Sitzungsleitung

1. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Über die Vertretung des Vorsitzenden der Verbandsversammlung entscheidet die Verbandsversammlung durch Beschluss.
2. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind verpflichtet, an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilzunehmen. Sind sie verhindert, sollen sie den Vorsitzenden der Verbandsversammlung rechtzeitig vorher benachrichtigen. Will ein Mitglied der Verbandsversammlung eine Sitzung rechtzeitig verlassen, soll er diese Absicht dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung vorher anzeigen.
3. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung eröffnet über jeden Punkt der Tagesordnung die Aussprache. Liegt keine Wortmeldung mehr vor, erklärt er die Aussprache für abgeschlossen und eröffnet die Abstimmung oder die Wahl. Will der Vorsitzende der Verbandsversammlung selbst zur Sache sprechen, so gibt er den Vorsitz solange an seinen Vertreter ab.
4. Der Verbandsgeschäftsführer kann Angehörige der Verwaltung zur Sitzung hinzuziehen.

§ 6 Sitzungsablauf

Die Sitzungen laufen regelmäßig in dieser Reihenfolge ab:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder der
Verbandsversammlung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
5. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner (bei Bedarf)
6. Genehmigung des Protokolls über die vorangegangene Sitzung
7. Bericht des/der Verbandsgeschäftsführer/in über wichtige Angelegenheiten
8. Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten
Gegenstände
9. Behandlung von Anfragen und Anregungen
10. Schließung der Sitzung

§ 7 Redeordnung

1. Mitglieder der Verbandsversammlung und andere an der Sitzung einschließlich der
Einwohnerfragestunde teilnehmende Personen dürfen nur sprechen, wenn der
Vorsitzende der Verbandsversammlung ihnen das Wort erteilt hat. Wortmeldungen
erfolgen durch Handaufheben.
2. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung erteilt das Wort in der Reihenfolge der
Wortmeldungen, bei gleichzeitiger Meldung nach pflichtgemäßem Ermessen. Zur
Geschäftsordnung ist das Wort jederzeit zu erteilen. Eine Rede darf dadurch nicht
unterbrochen werden.
3. In derselben Angelegenheit soll niemand öfter als zweimal das Wort erhalten.
4. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann der Vorsitzende der Verbandsver-
sammlung die Rededauer auf eine unbestimmte Zeit beschränken; die Redezeit bei
Geschäftsordnungsdebatten beträgt 3 Minuten je Mitglied der Verbandsversammlung.
Die Rededauer soll im Allgemeinen 5 Minuten nicht überschreiten.
5. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung oder ein Berechtigter gibt – soweit dies
insbesondere für Zuhörer in öffentlichen Sitzungen erforderlich ist – nach Aufruf des
Tagesordnungspunktes eine kurze Erläuterung.

6. Der Verbandsgeschäftsführer ist auf Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Zur Klarstellung tatsächlicher und rechtlicher Verhältnisse ist dem Verbandsgeschäftsführer auch außer der Reihe das Wort zu erteilen.
7. Persönliche Bemerkungen, mit denen gegen die Person des Redners gerichtete Angriffe zurückgewiesen oder eigene persönliche Ausführungen berichtigt werden, sind nach Schluss der Aussprache gestattet. Ausführungen zur Sache dürfen diese Bemerkungen nicht mehr enthalten.

§ 8 Beratung

1. Während der Beratung sind folgende Anträge zulässig:
 - auf Änderung des Antrages
 - auf Vertagung der Beratung
 - auf Unterbrechung der Sitzung
 - auf Schluss der Aussprache und Abstimmung
 - auf Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit
 - auf Nichtbefassung.
2. Anträge können zurückgenommen werden.
3. Bei Antrag auf Schluss der Aussprache gibt der Vorsitzende der Verbandsversammlung die noch vorliegenden Wortmeldungen bekannt. Danach erteilt er dem Antragsteller das Wort zu einer kurzen Begründung. Gegen den Antrag darf nur ein weiterer Redner sprechen.

§ 9 Abstimmung

1. Nach Schluss der Aussprache und persönliche Bemerkungen eröffnet der Vorsitzende der Verbandsversammlung die Abstimmung. Vor der Abstimmung wiederholt er den Antrag oder verweist auf die Vorlage aus der der Antrag ersichtlich ist. Während des Abstimmungsverfahrens sind weitere Anträge unzulässig.
2. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung formuliert die Abstimmungsfrage so, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann.
3. Wenn mehrere Anträge vorliegen, bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge der Anträge für die Abstimmungen. Anträge zum Verfahren haben Vorrang vor Anträgen zur Sache; Änderungsanträge werden vor dem Hauptantrag behandelt. Weitergehende Anträge haben Vorrang vor anderen Anträgen.
4. Beschlüsse werden, soweit das Gesetz oder in Verfahrensangelegenheiten diese Geschäftsordnung nicht anderes bestimmt, mit der Mehrheit der auf „Ja“ oder „Nein“ lautenden Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

5. Grundsätzlich wird offen durch Handaufheben abgestimmt. Auf Verlangen von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung ist offen unter Namensnennung oder geheim mit Stimmzettel abzustimmen. Ein Verlangen nach geheimer Abstimmung ist vorrangig vor einem Verlangen nach namentlicher Abstimmung zu behandeln.
6. Mit der Stimmenzählung beauftragt der Vorsitzende der Verbandsversammlung den Protokollführer und bei geheimer Abstimmung zusätzlich das anwesende älteste Mitglied der Verbandsversammlung.

§ 10 Wahlen

1. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer der Wahlperiode.
2. Gewählt wird schriftlich; ist nur ein Wahlvorschlag gemacht wird, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf gewählt. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Verbandsversammlung ist geheim zu wählen.
3. § 9 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 11 Anfragen

1. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist berechtigt, Anfragen zu Gegenständen der Tagesordnung an den Verbandsgeschäftsführer zu stellen.
2. Weitere Anfragen gem. § 6 Nr. 9 sollen spätestens drei Tage vor der Sitzung schriftlich dem Verbandsgeschäftsführer angereicht werden.
3. Kann eine Anfrage aus bestimmten Gründen noch nicht beantwortet werden, so muss dies in der folgenden Sitzung oder schriftlich geschehen.
4. Die Verbandsversammlung kann die Beantwortung auf zwei Anfragen im Sinne von Abs. 2 je Mitglied der Verbandsversammlung in der Sitzung beschränken.

§ 12 Sitzungsordnung

1. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen und achtet auf die Einhaltung der Geschäftsordnung. Er übt das Hausrecht aus.

2. Jeder Redner hat sich bei seinen Ausführungen streng an die Sache zu halten. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen oder sich mehrfach wiederholen, zur Sache rufen. Ist ein Redner dreimal bei demselben Tagesordnungspunkt zur Sache gerufen worden, so kann ihm der Vorsitzende der Verbandsversammlung das Wort entziehen, wenn er beim zweiten Mal auf diese Folge hingewiesen wurde. Ist dem Redner das Wort entzogen, so darf es ihm bis zum Beginn des Abstimmungsverfahrens nicht wieder erteilt werden.
3. Verhält sich ein Mitglied der Verbandsversammlung ordnungswidrig, so ruft es der Vorsitzende der Verbandsversammlung zur Ordnung. Er kann ein Mitglied der Verbandsversammlung bei ungebührlichem oder wiederholt ordnungswidrigem Verhalten von der Sitzung ausschließen. Der Ausschluss wegen ordnungswidrigen Verhaltens ist zulässig, wenn der Vorsitzende der Verbandsversammlung ein Mitglied der Verbandsversammlung in derselben Sitzung zum zweiten Mal wegen ordnungswidrigen Verhaltens gerügt hat und bei der ersten Rüge auf diese Folge hingewiesen hat. Auf Antrag des Ausgeschlossenen stellt die Verbandsversammlung in seiner nächsten Sitzung fest, ob die getroffene Maßnahme berechtigt war.
4. Die Verbandsversammlung kann ein Mitglied der Verbandsversammlung, das sich grober Ungebühr oder wiederholter Zuwiderhandlung gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Anordnungen schuldig gemacht hat, mit der Mehrheit seiner Mitglieder auf bestimmte Zeit, höchstens auf sechs Monate, von der Mitarbeit in der Verbandsversammlung ausschließen. Das Mitglied der Verbandsversammlung kann als Zuhörer teilnehmen.
5. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung kann Zuhörer, die sich wiederholt ordnungswidrig verhalten haben, von der Sitzung ausschließen.
6. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung kann die Sitzung unterbrechen oder nach dreimaligem Aufruf schließen, wenn die nötige Ruhe und Ordnung nicht herzustellen ist.

§ 13 Protokoll

1. Für die Abfassung des Protokolls gilt § 68 NKomVG.
2. Das Protokoll soll spätestens mit der Einladung für die folgende Sitzung jedem Mitglied der Verbandsversammlung zugestellt werden.
3. Bei der Beschlussfassung über die Genehmigung des Protokolls ist eine erneute Beratung oder eine sachliche Änderung der in der Niederschrift enthaltenen Beschlüsse unzulässig.

§ 14 **Geltung der Geschäftsordnung**

1. Die Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft.
2. Bei Zweifeln über die Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende der Verbandsversammlung, wenn nicht die Verbandsversammlung die Entscheidung an sich zieht.
3. Die Verbandsversammlung kann im Einzelfall mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung von der Geschäftsordnung abweichen, wenn nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

§ 15

Wird ein Amt, ein Mandat oder eine Funktion von einer Frau ausgeübt, gilt die jeweilige Amts-, Mandats- oder Funktionsbezeichnung in der weiblichen Form.

Bützfleth, den 22.11.2013

gez. Rust
Vorsitzender Verbandsversammlung

gez. Tetzner
Verbandsgeschäftsführer